

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 4. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 9. November 2016
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 19.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Philippe Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Albert Schnyder, Gemeindeverwalter a.i.
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Andreas Bammatter, Mirjam Benz, Nicolas Chapuis, Julia Gosteli, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Patrick Lautenschlager, Simon Maurer, Maya Meisel, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Pozivil Urs, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella-Klauser, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Rolf Adam, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Lukas Hess, Ueli Keller, Christian Kellermann

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
18.30 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 25.05.2016, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 20.09.2016, betreffend **Feuerwehrverbund Allschwil – Schönenbuch**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4287 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 18.09.2016, betreffend **Ersatz Parkplatzreglement durch Ersatzabgabereglement für Parkplätze**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4255 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 28.09.2016, zum Postulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.02.2015, betreffend **Sicherheitskonzept für das Primarschulschwimmen**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4228 / A
4. Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 17.04.2016, betreffend **Was bedeutet eine ausgewogene Finanzbeschaffungsstrategie?**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4283 / A
5. Postulat von Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, vom 10.09.2016, betreffend **Betreuung der KMU's in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4312
6. Postulat der Kommission für Bau und Umwelt, vom 23.09.2016, betreffend **Verwendung Fonds Parkplatzersatzabgabe**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4314

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 4 vom 9. November 2016

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Philippe Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Philippe Adam, Präsident: Ich begrüsse alle zur heutigen Ratssitzung. Ich habe keine Mitteilungen. Dringliche Interpellationen, Postulate oder Motionen liegen mir nicht vor. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 25.05.2016, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 20.09.2016, betreffend Feuerwehrverbund Allschwil – Schönenbuch, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4287 / A

Philippe Adam, Präsident: Liegen neue Aspekte oder Diskussionsanträge vor?

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte Diskussion haben über Dienstalter 42. Muss ich den Antrag jetzt stellen oder nachher, wenn der Paragraph an der Reihe ist?

Philippe Adam, Präsident: Wir machen das nachher. Wir kommen zur Detailberatung. Der 2. Vizepräsident ruft die Paragraphen auf.

Art. 1. Grundlage
keine Wortmeldung

Art. 2. Regelungsbereich
keine Wortmeldung

Art. 3. Bauten
keine Wortmeldung

Art. 4. Aufgaben der Leitgemeinde
keine Wortmeldung

Art. 5. Arbeitsverhältnis des Personals
keine Wortmeldung

Art. 6. Organe
keine Wortmeldung

Art. 7. Steuerungsausschuss
keine Wortmeldung

Art. 8. Aufgaben und Kompetenzen des Steuerungsausschusses
keine Wortmeldung

Art. 9. Feuerwehrkommando
keine Wortmeldung

Art. 10. Aufgaben und Kompetenzen des Feuerwehrkommandos
keine Wortmeldung

Art. 11. Revisionsstelle

keine Wortmeldung

Art. 12. Dauer der Dienstpflicht

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte das Dienstpflichtalter gerne nochmals diskutieren. Ich finde das Thema wichtig. Es handelt sich um eine Pflicht, nicht um eine freiwillige Sache. Die Feuerwehr ist eine Dienstleistung, die wir anbieten müssen. Das ist nicht wie das Heimatmuseum, wo man darüber diskutieren kann, ob man es anbieten will. Es ist wichtig, dass wir genügend Feuerwehrleute haben, auch in einem Katastrophenfall. Schliesslich geht es auch um die Solidarität gegenüber der Partnergemeinde, die die Dienstpflicht bis 42 schon hat. Andere Gemeinden haben sie sogar bis 50. Bei all dem ist es angemessen, dass wir noch zwei Jahre dazugeben. Wenn es so sein sollte, dass sich Hunderte von Leuten melden, dann gäbe es einen Überbestand und man würde das Dienstalter automatisch absenken. Zuletzt noch: Viele sagen, es komme einer Steuererhöhung gleich. Das stimmt nur teilweise. Der Krankenkassenbeitrag steigt jedes Jahr und man kann nichts dagegen tun. Hier kann man sich einsetzen und sogar einen Sold beziehen. Man kann also handeln. Ich bitte alle, nochmals darüber nachzudenken und dann meinem Antrag – Dienstalter 42 – zuzustimmen, solidarisch mit Schönenbuch und weiteren umliegenden Gemeinden.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich bedanke mich bei Andreas Bammatter für diesen Vorstoss. Der Gemeinderat ist selbstverständlich weiterhin der Meinung, dass das Alter 42 richtig ist. Zur Begründung kann ich nicht mehr sagen, als das, was Andreas Bammatter bereits gesagt hat. Die Feuerwehr ist und bleibt eine Pflicht und ist ein wesentliches und wichtiges Organ unserer Gemeinde.

Antrag Andreas Bammatter

Art. 12 Abs. 2 soll lauten: «Sie dauert bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem die pflichtige Person **42** Jahre alt geworden ist.»

://:

Der Antrag wird mit 3 Ja gegen 33 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Art. 13. Rekrutierung und Dienstleistung

keine Wortmeldung

Art. 14. Einteilung, Beförderung

keine Wortmeldung

Art. 15. Übungen, Ausbildungsdienste

keine Wortmeldung

Art. 16. Disziplinarwesen, Haftung für Ausbildungskosten

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Hier ist noch die Frage aus der 1. Lesung von Rolf Adam offen, was genau hier geahndet werden soll. Nach Auskunft des Feuerwehrkommandanten gibt es zum Beispiel bei Nichtbefolgen einer Anordnung eine Verwarnung. Im Wiederholungsfall oder bei schweren Vorfällen wäre es denkbar, einzelne Personen von gewissen Aufgaben zu befreien. Der Kommandant hat aber auch festgehalten, dass das bis jetzt eigentlich nicht vorkam, bzw. dass immer ein Gespräch unter vier Augen ausreichte.

Art. 17. Sanktionen

keine Wortmeldung

Art. 18. Orientierung der Behörde

keine Wortmeldung

Art. 19. Sold, Funktionsvergütung

keine Wortmeldung

Art. 20. Ersatz der Einsatzkosten

keine Wortmeldung

Art. 21. Entgelte für Dienstleistungen an Private

keine Wortmeldung

Art. 22. Vergütungen für Hilfestellungen an Verbundgemeinden

keine Wortmeldung

Art. 23. Finanzierung

keine Wortmeldung

Art. 24. Beiträge der Verbundgemeinden

keine Wortmeldung

Art. 25. Sonderkosten Schönenbuch

keine Wortmeldung

Art. 26. Rechtsmittel

keine Wortmeldung

Art. 27. Dauer, Änderung, Kündigung

keine Wortmeldung

Art. 28. Aufnahme weiterer Gemeinden

keine Wortmeldung

Art. 29. Gerichtsbarkeit

keine Wortmeldung

Art. 30. Genehmigung, Inkrafttreten

keine Wortmeldung

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zum Reglement. Der 2. Vizepräsident liest die Paragraphen vor.

§ 1 Regelungsbereich

keine Wortmeldung

§ 2 Sicherheitskommission

keine Wortmeldung

§ 3 Rekrutierung

keine Wortmeldung

§ 4 Dienstleistung

keine Wortmeldung

§ 5 Feuerwehropflichtersatzabgabe

keine Wortmeldung

§ 6 Befreiung von der Ersatzabgabe

keine Wortmeldung

§ 7 Widerhandlung

gestrichen

§ 8 Rechtsmittel

keine Wortmeldung

§ 9 Aufhebung bisherigen Rechts

keine Wortmeldung

§ 10 Genehmigung und Inkrafttreten

keine Wortmeldung

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zu den

Anträgen des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Allschwil und Schönenbuch über den Feuerwehrverbund Allschwil – Schönenbuch wird genehmigt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

2. Das Reglement zum Feuerwehrverbund der Gemeinde Allschwil wird genehmigt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

Schlussabstimmung:

://:

Einstimmig ja.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 18.09.2016, betreffend Ersatz Parkplatzreglement durch Ersatzabgabereglement für Parkplätze, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4255 / A

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob neue Aspekte oder Anträge auf Diskussion vorliegen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich habe in der letzten Sitzung diverse Fragen wegen der Rechnungsgrundlage gestellt und wurde auf die heutige Sitzung vertröstet. Ich möchte mein Fragen gerne wiederholen und hoffe, ich bekomme dieses Mal eine Antwort. Für mich ist es nachvollziehbar, wie man auf diese CHF 16'500 kommt. Dann aber kommt ein Vergleich mit fünf Gemeinden mit unterschiedlichen absoluten Zahlen. Und anschliessend heisst es: «Aufgrund dieser Ausführungen» komme man auf den vorgeschlagenen Betrag von CHF 12'500. Ich sehe da aber keine «Ausführungen», sondern nur eine Tabelle mit Zahlen aus anderen Gemeinden, und ich möchte gern wissen, welche Rechnungsgrundlagen bei den einzelnen Gemeinden vorliegen, und ich möchte wissen, wieso Muttenz so extrem abweicht. Auch möchte ich wissen, wie man gerade auf CHF 12'500 kommt und nicht zum Beispiel auf 12'000 oder 13'000.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wir haben nochmals bei den benachbarten Gemeinden nachgefragt und festgestellt, dass die Berechnungsgrundlage immer die gleiche war. Das heisst, man nahm den Parzellenpreis und zusätzlich die Erstellungskosten für einen Parkplatz und kommt so auf eine Grössenordnung von CHF 16'000 pro Parkplatz. Nun ist es aber so, dass ein Ermessensspielraum besteht, innerhalb dessen jede Gemeinde einen Betrag festgelegt hat. In unserem Fall – und das wurde in unserem Bericht wohl etwas übersprungen – gingen wir ans untere Limit der bestehenden Bandbreite und setzten die CHF 12'500 fest. Wir möchten einerseits nicht den vollen Betrag

einsetzen, der möglich wäre, aber auch nicht ein Geschenk machen, wie das in der einen Gemeinde der Fall ist. Man soll den Betrag nicht zu tief ansetzen. Denn in der Regel muss so ein Parkplatz ja gebaut werden, das schreibt das Gesetz vor. Wenn man den Parkplatz nicht errichten kann, ist das in der Regel wegen Platznot. Da wollen wir kein Geschenk machen. Darum diese CHF 12'500.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Mir ist immer noch nicht klar, wieso man nicht 12'000 oder 13'000 genommen hat, sondern gerade diese 4'000 weniger als es rechnerisch richtig wäre? Und zweitens: Wie erklärt sich der Fall Muttenz?

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei der Gemeinde Muttenz haben wir festgestellt, dass es dort in weit zurückliegender Zeit, im Jahr 1971, einen Rechtsstreit gab, demzufolge höchstens ein Viertel des effektiven Werts festgelegt werden dürfe. Da aber die meisten Gemeinden in der Agglomeration Basel einen höheren Wert ansetzen, möchten wir uns diesen anschliessen, da ja jener Gerichtsentscheid schon sehr lange zurückliegt und vielleicht auch von ganz anderen Voraussetzungen ausging. Eine Ersatzabgabe von nur CHF 4'000 wäre ja eigentlich ein Geschenk an die Bauwilligen, wenn sie dafür den Parkplatz nicht errichten müssen. Und wie Sie wissen, denken wir darüber nach, das Geld einzusetzen für die Realisierung von Ersatzparkplätzen, und dafür brauchen wir die nötigen finanziellen Mittel.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zur 2. Lesung. Der 2. Vizepräsident liest die Paragraphen vor.

§ 1 Geltungsbereich

keine Wortmeldung

§ 2 Ersatzabgabepflicht bei fehlenden Parkplätzen

keine Wortmeldung

§ 3 Genehmigung und Inkraftsetzung

keine Wortmeldung

§ 4 Aufhebung bisherigen Rechts

keine Wortmeldung

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe letztes Mal angeregt, § 3 auch stilistisch zu überarbeiten bezüglich Geschlechterformen sowie der Plural- bzw. Singularformen. Wird das umgesetzt? Es ist nämlich falsch.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es wäre durchaus möglich, hier Anpassungen vorzunehmen. Wir haben uns aber entschieden, dass es sich jetzt eigentlich um eine gute Form handelt, die man durchaus beibehalten könnte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe das Protokoll der letzten Sitzung angeschaut, wo ich auch erklärte, worum es geht. Ich möchte ein Beispiel geben, damit ihr wisst, was da steht. § 3 als Beispiel: «...haben die Eigentümer oder die Eigentümerin...», und zum Vergleich: «...haben die Knaben oder das Mädchen...». Ist das sinnvoll? § 2 Absatz 3 heisst es: «Verkauft oder vermietet die Gemeinde Parkplätze in öffentlichen Parkieranlagen, haben die Eigentümer oder die Eigentümerin ...» – Zum Vergleich würde es also heissen: «...haben die Knaben oder das Mädchen...» Ja wo sind wir denn eigentlich? Es bräuchte nicht viel, das anzupassen und das Ganze noch umkehren – zuerst die weibliche, dann die männliche Form – wie wir es auch beim Einwohnerratsreglement gemacht haben.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte die vorige Aussage zurücknehmen. Ich konnte letztes Mal leider nicht dabei sein. Selbstverständlich wurde das Anliegen von Jean-Jacques Winter entgegengenommen. Wir haben aufgrund dessen eine Neuformulierung vorgenommen, die mir aber gerade eben nicht vorlag. Aber das Anliegen ist eingeflossen, vielen Dank.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zum

Antrag des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Ersatz des Parkplatzreglements durch das Ersatzabgabereglement für Parkplätze wird gutgeheissen und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

Schlussabstimmung:

://:

Einstimmig ja.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 28.09.2016, zum Postulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.02.2015, betreffend Sicherheitskonzept für das Primarschulschwimmen
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4228 / A

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Gestützt auf das Postulat der damaligen GLP/BDP-Fraktion haben wir das Anliegen geprüft. Der Gemeinderat erachtet die technischen Hilfsmittel für ungeeignet. Einerseits wird versucht, die Verantwortung an technische Hilfsmittel zu delegieren. Dadurch liefern wir uns der bedingten Verlässlichkeit von Technik aus. Andererseits reagieren diese Systeme noch nicht, wenn bereits sichtbar ist, dass ein Kind seltsam reagiert oder in einer verzweifelten Lage ist, sondern erst dann, wenn der Kopf bereits unter Wasser ist. Dann ist es eigentlich schon viel, viel zu spät. Aus diesem Grund braucht es eine Überwachung durch Menschen. Aus diesen Gründen möchte der Gemeinderat eine Überwachung des Schwimmbetriebs durch ein Vier-Augen-Prinzip gewährleisten, und das ist zwischenzeitlich bereits so testweise eingeführt worden. Bei den jüngeren Primarschülern, also denen, die noch schwimmunefahren sind, erfolgt der Unterricht durch einen Schwimmlehrer, während der Klassenlehrer als zusätzliche Aufsicht zur Sicherheit beiträgt im Sinn der Postulanten. Bei den älteren Primarschülern, die bereits schwimmen gelernt haben, erfolgt der Schwimmunterricht durch den Klassenlehrer – so wie der Klassenlehrer auch den sonstigen Sportunterricht unterrichtet – und ihm zur Seite ist eine Schwimmbegleitung, die entsprechend befähigt ist, zum Beispiel mit dem Lebensretter-Brevet. Und diese Schwimmbegleitung gewährleistet die zusätzliche Aufsicht zur Sicherheit im Sinne der Postulanten. Das Konzept hat sich bewährt und soll so fortgeführt werden. Zum Schluss möchte ich mich bei denjenigen bedanken, die all diese Abklärungen getätigt haben und im Wesentlichen auch die Vorlage verfasst haben. Das ist zum einen die Schulleitung, insbesondere der Schulleiter Pascal Ryf, zum anderen das Schulratspräsidium, zum einen die frühere Schulratspräsidentin Daniela Werren, zum anderen die heutige Schulratspräsidentin Pascale Uccella. Ich bitte Sie, diese Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Auch ich möchte mich nochmals ganz herzlich bei Herrn Pascal Ryf und Frau Daniela Werren bedanken. Es war eine grosse Aufgabe und eine grosse Arbeit. Zum Ganzen möchte ich noch erklären: Wir hatten vom Kanton Baselland einen Brief erhalten, mit dem wir aufgefordert wurden, in Sachen Schwimmbegleitung etwas zu unternehmen. Denn ab 17 Personen darf man den Schwimmunterricht nicht allein führen. Dann kam das Postulat der GLP/BDP-Fraktion, und wir fanden, man könne beides zusammen behandeln. Wir stellten das Projekt Schwimmbegleitung auf, und das ist nun etwas, das sehr gut ankommt. Für die Lehrer ist es eine grosse Hilfe. Und vor allem sorgt es auch dafür, dass die Erst- bis Drittklässler wirklich schwimmen lernen. Nicht nur die Sicherheit allein ist wichtig. Ich empfehle ebenfalls, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne Fraktion: Auch wir danken dem Gemeinderat für die getätigten Abklärungen und sind ebenfalls überzeugt, dass der eingeschlagene Weg mit der zusätzlichen professionellen Schwimmbegleitung der richtige ist. Er hat sich so bewährt. Wir bedauern allerdings, dass das BlueFox-Armband-System nicht weiterverfolgt wird. Es ist mit rund CHF 20'000 nicht nur sehr kostengünstig, sondern würde eben auch die Sicherheitslücke füllen, die unseres Erachtens auch mit der Schwimmbegleitung weiterbesteht. Zur Erinnerung: Das Ertrinken erfolgt meistens laut- und bewegungslos und ist darum auch von einer erfahrenen Aufsichtsperson nur schwer zu erkennen. Und genau diese Sicherheitslücke könnte das kostengünstige Armband füllen. Es geht uns also nicht darum, das Armband gegen eine Begleitperson auszuspielen, sondern darum, das Armband als zusätzliche Sicherheit einzuführen. Darum machen wir beliebt, das Postulat nicht abzuschreiben, sondern den Gemeinderat zu beauftragen, das BlueFox-Armband vertieft zu prüfen. Wahrscheinlich wäre es auch möglich, die Armbänder für einen Probetrieb leihweise zu nutzen und Erfahrungen damit zu sammeln. Anschliessend kann dann der Einwohnerrat auf Grundlage dieser Erfahrungen endgültig über das Postulat entscheiden. Wir denken, dass uns die Sicherheit unserer Kinder diesen geringen Extraaufwand wert sein müsste.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Wir sind geschlossen dafür, dass das Postulat als erledigt abgeschrieben wird. Wir finden den eingeschlagenen Weg sehr gut, der ja das vom Kanton empfohlene Sicherheitskonzept umsetzt und vor allem nicht nur einen Sicherheitsgewinn, sondern auch einen Qualitätsgewinn bringt. Erst- bis Drittklässler sind jetzt nicht mehr davon abhängig, ob sie eine schwimmaffine Lehrperson haben und darum einen guten Schwimmunterricht geniessen, sondern dank einer professionellen Schwimm-Lehrperson bekommen alle einen guten Schwimmunterricht. Was die Armbänder angeht, überzeugt uns das, was im Bericht steht, nämlich dass das einen hohen Zeitaufwand mit sich bringt und dass Kinder sie wohl auch wegwerfen, verlegen usw. Man hat ja bereits eine grosse Steigerung in der Sicherheit dadurch, dass zwei Erwachsene anwesend sind und schauen können. Wir denken, das genügt so und das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Auch aus unserer Sicht kann das Postulat abgeschrieben werden. Für uns ist eine sehr starke Qualitätssteigerung im Schwimmunterricht sichtbar, die Sicherheit ist gewährleistet wie auch die Ausbildung der Kinder. Wir denken, dass die Armbänder im Moment nicht nötig sind. Man kann in zwei, drei Jahren die Schwimmtrainer fragen, ob sie finden, das sei nötig. Aber im Moment finden wir, das Vier-Augen-Prinzip reicht bestens aus.

Kathrin Schaltenbrand, FDP-Fraktion: Auch die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Schwimmunterricht an den Primarschulen in Allschwil im Moment sehr gut läuft und dass eine zusätzliche Armbändeli-Sicherheit nicht nötig ist.

Philippe Adam, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der 2. Vizepräsident führt uns jetzt durch die Abschnitte. Gibt es vorher noch Anträge? Das ist nicht der Fall.

1. Ausgangslage

keine Wortmeldung

2. Erwägungen

keine Wortmeldung

3. Ausblick

keine Wortmeldung

4. Antrag

keine Wortmeldung

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat 4228 „Sicherheit im Primarschulschwimmen“ wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt

Schlussabstimmung:

://:

Einstimmig ja.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es freut mich sehr, Ihnen einen Zeitplan auflegen zu können, aus dem Sie sehen können, wie schnell oder auch weniger schnell die Verwaltungs-Reorganisation ablaufen soll. Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat verschiedene Grundsatzbeschlüsse gefällt. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass per 1. Juli 2017 die Reorganisation in Kraft treten soll. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Geschäftsführer-Modell einzuführen mit einer gestärkten Geschäftsleitung, und dass der Gemeinderat zum strategischen Führungsorgan werden soll. Die operative Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse soll dann letzten Endes durch die Verwaltung erfolgen. An der Spitze der Verwaltung wird der oder die noch anzustellende Leiter oder Leiterin Gemeindeverwaltung stehen mit der Geschäftsleitung, die sich aus den verschiedenen Bereichsleiterinnen und Bereichsleitern zusammensetzen wird. Neu soll es ab 1. Juli 2017 fünf Bereiche geben. Diese Grundsatzbeschlüsse gilt es jetzt umzusetzen. Den Zeitplan dafür möchte ich Ihnen jetzt aufzeigen.

Die Umsetzung führt zur konkreten Reorganisation in der Gemeindeverwaltung. Wie ersichtlich, hat man sich einen sportlichen Fahrplan vorgenommen. Der Gemeinderat hat letzte Woche die Projektgruppe eingesetzt und ihre Aufgaben definiert. Sie setzt sich zusammen aus mir als Gemeindepräsidentin, Franz Vogt als Vizepräsident und aus Gemeinderat Christoph Morat. Vonseiten Verwaltung werden Claude Baumann und Marc Rueff mitarbeiten. Ferner wird eine Person aus dem Mitarbeitererrat delegiert werden. Geleitet wird die Projektgruppe vom Projektleiter Jürg Krummenacher. Am 15. November 2016 findet die konstituierende Sitzung statt. Eine der Hauptaufgabe der Projektgruppe wird es sein, die Feinstruktur der Verwaltungsorganisation zu erarbeiten und zu definieren. Eine weitere Hauptaufgabe ist es, die fünf Ressorts zu definieren, für die die einzelnen Gemeinderäte dann zuständig sein werden. Am 8. Februar soll der Gemeinderat die neue Gemeindestruktur und Ressortzuteilung genehmigen. Am 9. Februar werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Einwohnerrat informiert; Ende Jahr sollen sie schon über einen Zwischenstand informiert werden. Danach soll die weitere Umsetzungsarbeit in Angriff genommen werden, insbesondere die Anpassung verschiedener Verordnungen, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Am 18. Mai 2017 findet eine weitere Informationsveranstaltung für Personal und Einwohnerrat statt. Wir hoffen es zu schaffen, dass am 23. Juni 2017 der Reorganisationsprozess abgeschlossen werden kann.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Vielen Dank für die Information. Frage: Ist das Soundingboard abgeschafft? Wir werden im Mai informiert, und das war's dann?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Diese Frage nehme ich mit. Wir haben den Zeitplan ja nicht allein, sondern zusammen mit Jürg Krummenacher gemacht. Wir haben alles eingehend diskutiert, aber das Soundingboard ist uns allen nicht in den Sinn gekommen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Mich würde noch Wunder nehmen, wann der Gemeinderat in diesem ganzen Projekt seine eigene Reorganisation andenkt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Aufgrund deines Schmunzelns weiss ich natürlich, was du meinst. Es ist immer noch die Meinung, dass es sieben Gemeinderäte hat, die in dieser Legislatur

ihre Arbeit erledigen. Was nachher ist, wissen wir alle nicht. Aber einstweilen wird es sieben Gemeinderäte und fünf Bereiche geben.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich komme mit einem etwas unangenehmen Thema. Gestern haben die Präsidenten der Ortsparteien CVP, FDP und SP sowie der Gemeinderat einen Brief von der Stiftung Tagesheime bekommen. Adressaten sind die genannten drei Parteien und der Gemeinderat, weil sie die Stiftungsträger sind. Wie dem Gemeinderat bekannt ist, wurde das Schreiben teilweise auch an die Einwohnerräte der betreffenden Parteien weitergeleitet. Damit wurde der Empfängerkreis schon deutlich grösser. Dies veranlasst den Gemeinderat, heute über das Thema zu informieren. Der Brief, auf Briefpapier der Stiftung, ist von Frau Huschke, Präsidentin der Stiftung, und Herrn Rickenbach, Vizepräsident, verfasst. Es ist vom Stiftungsrat weder in Auftrag gegeben noch genehmigt worden. Der Gemeinderat ist erstaunt über gewisse Inhalte und über das Vorgehen. Der Gemeinderat möchte die Gelegenheit nutzen, Folgendes klarzustellen: Die Einwohnergemeinde ist einer der Träger der Stiftung Tagesheime Allschwil. Das ist sie seit der Gründung der Stiftung im Jahr 1963. Dazu steht der Gemeinderat unverändert und er bekennt sich auch weiterhin unverändert zu all seinen Verpflichtungen, die er damals eingegangen ist und die in der Stiftungsurkunde verurkundet sind. Die Aussage in dem Brief, wonach sich die Gemeinde als Träger verabschieden würde, entbehrt jeglicher Grundlage. Der Stiftungsrat hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, dass das Gespräch mit allen Stiftungsträgern zu suchen ist, und leider ist der von der Stiftung angestossene Runde Tisch bis heute nicht zustande gekommen. Das ist auch die wesentliche Aussage in dem Schreiben. Der Gemeinderat bedauert das und erachtet diesen Runden Tisch für sehr wertvoll und wichtig. Er wird sich persönlich dafür einsetzen, dass diese Gesprächsrunde der Träger jetzt doch noch zustande kommt. Er glaubt, dies sei der richtige Ansatz, um das Thema zu diskutieren. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass die rund 130 Betreuungsplätze langfristig erhalten bleiben. Aus Sicht des Gemeinderats besteht kein Grund zu Beunruhigung, wie dies jedoch der Brief suggeriert. Der Gemeinderat möchte die Träger, namentlich also die Ortsparteien von CVP, FDP und SP einladen, die Einladung zum Runden Tisch anzunehmen, damit man gemeinsam die Wunschvorstellungen für eine künftige Strategie der Stiftung formulieren und dies der Stiftung dann als Antrag mitteilen kann. Damit erfüllt der Gemeinderat das eigentliche sachliche Anliegen, das in dem Brief formuliert ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Einer der Empfänger dieses Briefes bin ich. Ich habe unseren Vorstand darüber informiert und die anderen Parteipräsidenten angeschrieben. Ich hoffe wirklich, dass wir da zusammensitzen können. Ich habe auch auf STTA reagiert. In der gegenwärtigen Woche hätte der Runde Tisch stattfinden sollen: eine Woche, in der eine Einwohnerratssitzung ist, wo einige Teilnehmer gestern oder am Montag in einer Kommissionssitzung waren. Man sollte sich da eine andere Woche vornehmen. Aber Thomas Pfaff hat recht. Der Brief hat mich auch ein wenig geschüttelt. Es hat Daten darin, wo man sagen muss: Wenn das so ist, dann müssen wir sportlich werden. Es pressiert.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 17.04.2016, betreffend Was bedeutet eine ausgewogene Finanzbeschaffungsstrategie?

Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4283 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Viel gibt es nicht mehr zu sagen. Die Antwort ist ja umfassend ausgefallen. Das Hauptargument des Gemeinderats ist, dass CHF 7'500 jährlich und CHF 112'500 in 15 Jahren kein Pappenstiel sind. Vermutlich liegt aber dem Ganzen ein Missverständnis zugrunde. Denn wir als öffentliche Hand können und wollen nicht in Preisabverhandlungen steigen. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: 8% mehr bezahlen oder es einer nicht einheimischen Firma geben. Ich habe mit Werner Ulmer geredet, allerdings ist es schon über ein Jahr her. Es wäre an ihm gelegen, bei uns anzurufen und sich zu erkundigen, wo sein Angebot steht. Er hat mir dann in unserem längeren Gespräch erklärt, dass auch er nicht mehr als 3 bis 4% zahlen würde bei einer einheimischen Firma, und dass er mit der betreffenden Firma dahingehend reden würde, sollte ihr Angebot höher sein. Aber genau das können und wollen wir von uns aus nicht. Und da liegt wahrscheinlich das Missverständnis. Es ist auch völlig klar, dass bei einem gleich hohen Angebot die Firma aus Allschwil berücksichtigt

worden wäre. „Gleich hoch“ heisst für mich natürlich auch noch ein Angebot, das um 3 bis 4% höher ausgefallen ist, behaften sie mich nicht auf die genaue Zahl. Ich, wie auch der Gemeinderat, bin aber dezidiert der Ansicht, dass es falsch verstandene Wirtschaftsförderung wäre, einfach 8% mehr zu zahlen.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion. Ja. Und ich möchte Diskussion beantragen und auch persönlich Stellung nehmen.

://:

Dem Antrag auf Diskussion wird grossmehrheitlich zugestimmt

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich rede in meiner Interpellation von einer Differenz von 0.075%. Selbstverständlich macht das dann auf ein Jahr hinaus CHF 7'500. In meiner Interpellation – ich danke für die sorgfältige Beantwortung – zeigt der Gemeinderat explizit auf, dass momentan das Kriterium Zinsbelastung ausschlaggebend ist. Leider ja! Es steht auch in der Interpellation, dass wir keinen Submissionszwang haben. Der Steuerfranken soll sehr effizient eingesetzt werden. Es geht eben um diese 0.075% Differenz und das Departement Finanzen kann allein entscheiden. Das zu den Fakten. Das gemeinschaftliche Zusammenleben, die Entwicklung einer Gemeinde darf aber nach den Wertvorstellungen der meisten Anwesenden auch bei der Finanzbeschaffung nicht auf einen einzigen Faktor reduziert werden. Ich habe in der Interpellation versucht zu zeigen, dass Geben und Nehmen in einer ganzheitlichen Balance stehen sollen. Und dazu gehören für mich in dieser grossen Gemeinde, der grössten im Baselbiet, auch weitere Faktoren. Ich habe es aufgezeigt: Es geht um Steuern, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Unterstützung von Sport und Kultur. Diesbezüglich verweise ich auch nochmals auf Statements, die es an der Fach-Infoveranstaltung gab „Was kann Allschwil für die KMU tun?“ Dort wurde genau dieses Thema auch angesprochen. Mir geht es aber nicht um Heimatschutz. Mir geht es nicht um „The winner takes it all“. Aber es ist eine Verhältnismässigkeit gefragt. Und wir haben mit dem Finanzminister – im Gegensatz zu anderen Chefbeamten, zum Beispiel dem Finanzhauptabteilungsleiter – jemanden, der auch in einem heimischen KMU-Betrieb tätig ist. Franz Vogt, weiss, was das bedeutet. Darum bitte ich den Gemeinderat, sich zukünftig als Ganzes sich darüber Gedanken zu machen. Nochmals: Es geht nicht um Heimatschutz. Es geht um Verhältnismässigkeit. Und darum, einmal ein Auge zuzudrücken und nicht nur einen Faktor zu berücksichtigen. Wir alle leben hier von einer starken Gemeinschaft. Und ich bitte, dass wir das auch in Zukunft berücksichtigen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich möchte nur sagen: Tiefe Zinsen sind natürlich gut und recht. Andreas Bammatter hat einen effektiven Differenzzinssatz genannt. Wir kommentieren natürlich keine Zahlen. Ich möchte einfach daran erinnern, dass tiefe Zinsen nicht nur Vorteile haben. Wir sind eben darauf angewiesen, die tiefen Zinsen auch realisieren zu können. Es kann nicht sein, dass man, weil die Zinsen tief sind, andere Kriterien anwendet, als man sie sonst anwenden würde. Ich habe es vorhin erklärt: Bei 3 bis 4% oder 2 bis 3% Differenz kommt der Einheimische zum Zug. Aber darüber wird es einfach kritisch. Tiefe Zinsen haben eben nicht nur Vorteile. Denken Sie zum Beispiel an die Basellandschaftliche Pensionskasse, wo das ja direkte Folgen für uns hat. Und Sie haben ja vor etwa zwei Monaten auch mitbekommen, dass man schon wieder eine Deckungslücke von CHF 890'000 ausfinanzieren musste. Und für uns als Gemeinde ist es wesentlich, dass wir den Steuerfranken effektiv einsetzen. Deshalb ist es für uns auch wichtig, die tiefen Zinsen auch tatsächlich zu realisieren.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben uns vielleicht falsch verstanden. Es geht um die Zinsdifferenz. Alle sind tief. Ich sage einfach, die Ortsansässigen mittleren und grossen Firmen tun sehr viel auch für uns Ortsansässige, und es kann sein, dass jemand, der vielleicht einen tieferen Zins hat – noch einen tieferen vielleicht als die besagte Firma -, nicht ortsansässig ist und wir folglich nicht profitieren von den anderen Dienstleistungen, die sie uns geben. Mir ist klar, dass es relativ schwierig ist, aber es geht darum, dass man auch einmal die Einheimischen berücksichtigt, und ich glaube auch, dass der Gemeinderat die Botschaft verstanden hat und in Zukunft, wie er das auch schon getan hat, und das eine oder andere Mal ein Allschwiler KMU berücksichtigt, auch wenn es nicht das allertiefste Angebot gemacht hat, weil es eben auch sonst für unsere Gemeinschaft da ist. Ich habe Franz Vogt verstanden, ich glaube, die Interpellation ist gut beantwortet, und wir schauen in die Zukunft.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich komme aus dem Pensionskassen-, generellen Versicherungs- und Bankenbusiness. Es ist nicht üblich, bei den Offertausschreibungen mit so vielen nachhaltigen Punkten zu arbeiten. Es gibt andere Branchen, die Gemeinde muss sich an die Submissionsregeln halten. Dort ist es üblich. Aber in unserem Business habe ich noch nie gehört, dass man danach fragt, wie viele Lehrlinge ein Anbieter hat. Alle Anbieter haben Lehrlinge. Alle tun etwas für die Gemeinschaft, zum Beispiel durch Kulturunterstützung. Banken sind auch weiter herum vertreten. Man kann es also nicht nur fokussiert auf eine Gemeinde anschauen.

://:

Die Interpellation ist als erledigt abgeschrieben.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, vom 10.09.2016, betreffend Betreuung der KMU's in der Gemeinde Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4312 A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich kann vorwegnehmen, was Sie schon gelesen haben: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Sie rennen mit diesem Postulat offene Türen ein. Weil ich aber weiss, dass sich nicht nur die FDP dieses Themas annimmt, sondern auch Andreas Bammatter sich intensiv damit auseinandersetzt, erlaube ich mir, ein wenig auszuholen. Der Gemeinderat teilt die Auffassung des Postulanten, dass eine aktive Betreuung der Unternehmen durch die Gemeinde wichtig ist und dass sie das Miteinander der Unternehmen und der Gemeinde fördern kann. Des Weiteren kann diese Zusammenarbeit auch dazu führen, dass die Wertschätzung den Unternehmen entgegengebracht wird. Für die gesunde Entwicklung in der Gemeinde hat der Bereich Wirtschaft immer mehr an Bedeutung gewonnen. Das hat der Gemeinderat schon länger erkannt. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang auf die Imagebroschüre hinzuweisen. Darin bekennt sich der Gemeinderat dazu, dass die dynamische und gesunde Entwicklung der Wirtschaft in Allschwil eine hohe politische Priorität genießt. In dieser Broschüre wird auch explizit der Life Science Cluster im Gewerbegebiet Bachgraben angesprochen, wo sich ja die unterschiedlichsten Firmen angesiedelt haben. Zudem hat sich der Gemeinderat seit jeher, und insbesondere in der Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2015, zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort bekannt. Um die Wirtschaftsförderung aktiv anzugehen, hat der Gemeinderat im September 2016 ein Konzept verabschiedet, das per 1. Juli 2017 in Kraft treten soll. Wichtig ist dabei: Die Wirtschaftsförderung soll zur Chefsache werden. Ganz kurz skizziert bedeutet das Konzept folgendes: Unter der Federführung des neuen Leiters oder der neuen Leiterin Gemeindeverwaltung soll die Koordination und Vorbereitung der entsprechenden Geschäfte erfolgen. Des Weiteren soll die neu konzipierte Geschäftsleitung, der alle Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter und das Gemeindepräsidium angehören werden, von Anbeginn informiert und einbezogen werden. Als Erstkontakt und auch für die weitere Begleitung der Unternehmen steht dann die Leiterin oder der Leiter Gemeindeverwaltung zur Verfügung. Es ist nicht vorgesehen, resp. aus Sicht des Gemeinderates nicht richtig, eine neue Stelle Wirtschaftsförderung zu errichten. Denn die Wirtschaft erwartet eine rasche, effiziente und effektive Bearbeitung ihrer Anliegen. Die Zuständigkeit muss deshalb auf einer möglichst hohen Hierarchiestufe angesiedelt werden. Eine Sachbearbeiterin oder ein Sachbearbeiter Wirtschaftsförderung würde dem Aufgabenbereich nicht gerecht werden können. Ebenso nicht eine Fachstelle Wirtschaft als Stabsstelle. Solch einer Stelle würden aus Sicht des Gemeinderates die Kompetenzen fehlen. Die Anliegen der Wirtschaft betreffen nicht nur ganz einfache Fragen, sondern sie sind sehr breit gefächert. Es fängt bei steuertechnischen Fragen an, geht über zonenrechtliche bis zu arbeitsrechtlichen Fragen. Der Gemeinderat ist der Meinung, einer Fachstelle würde in dieser Breite die Kompetenz fehlen und es wäre ihr auch nicht möglich, diese Fähigkeiten anzuziehen. Fazit: Der Gemeinderat will die Wirtschaftsförderung unter der Federführung der Leiterin oder des Leiters Gemeindeverwaltung zusammen mit der Geschäftsleitung ansiedeln. So ist auch departementsübergreifend die Zusammenarbeit gewährleistet, das alles im Interesse unserer Firmen. Nur dann, wenn diese Zusammenarbeit funktioniert, spricht die Gemeinde auch mit einer Stimme, und wir haben dann nicht mehr das Problem, dass eine Ansprechperson etwas anderes sagt als die

andere. Zu einer aktiven Wirtschaftsförderung auf Gemeindeebene gehört aus Sicht des Gemeinderates klar eine Anlaufstelle für KMU, diese soll so bezeichnet und eine Sprechstunde eingerichtet werden und der Gemeinderat soll vermehrt Firmenbesuche machen. Aus all diesen Gründen ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wie Sie sehen, die Türen müssen nicht mehr eingerannt werden, sie sind schon offen.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob ein Gegenantrag vorliegt. Das ist nicht der Fall.

:::

Das Postulat ist überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat der Kommission für Bau und Umwelt, vom 23.09.2016, betreffend
Verwendung Fonds Parkplatzerersatzabgabe
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4314 A

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit, den Vorschlag entgegenzunehmen. Wir möchten das gerne prüfen und Ihnen dann zeitgerecht berichten.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob ein Gegenantrag vorliegt. Das ist nicht der Fall.

:::

Das Postulat ist überwiesen.

Philippe Adam, Präsident: Wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche allen einen schönen Abend.